

**Zeitschrift:** Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

**Herausgeber:** Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

**Band:** 52 (2002)

**Heft:** 2: Hexen, Herren und Richter = Les sorcières, les seigneurs et les juges

**Artikel:** Das Schweizer "Komitee"

**Autor:** Schmelzer, Janis

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-81310>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Das Schweizer «Komitee»

---

Janis Schmelzer

In seinem Aufsatz über die wirtschaftlichen Nachkriegsplanungen der Machteliten des NS-Imperialismus erwähnt Karl Heinz Roth im Abschnitt «Sommer 1943 – Herbst 1944» die bekanntesten Gruppen. An erster Stelle nennt er den aus Spitzenvertretern der Wirtschaft und Finanz Ende 1943 gegründeten «Europa-Kreis» unter der Regie von Hans Kehrl, dem Präsidenten des Planungsamtes im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion. Des Weiteren wird der als erklärtes Gegengewicht im März 1944 entstandene «Arbeitskreis für Aussenwirtschaftsfragen» unter Leitung von Hans Croon (ab Oktober 1944: Karl Blessing) sowie der von Rudolf Stahl im Mai 1944 gegründete «Kleine Kreis» genannt<sup>1</sup>. In seinem Vergleich dieser Gruppen stellt K. H. Roth fest, dass sich der «Europa-Kreis» und der «Arbeitskreis für Aussenwirtschaftsfragen» im Verlaufe der im August 1944 begonnenen Defensivphase verschlissen haben, dagegen der «Kleine Kreis» sich auf ein abrufbares Übergangsprogramm verständigen konnte. Als ein Kriterium betrachtet K. H. Roth die «stillschweigende Anpassung an die Nachkriegsplanungen der Westalliierten und der neutralen Staaten, vor allem Schwedens und der Schweiz»<sup>2</sup>. In diesem Zusammenhang steht folgende Untersuchung über das Schweizer «Komitee», das Kenntnis von den deutschen Nachkriegs-Arbeits-Kreisen und zum Teil direkte Kontakte zu deren Planern hatte.

Die früheste Information über das Schweizer «Komitee» übermittelte Anfang März 1944 das Mitglied des «Europa-Kreises» Dr. Leopold Wolzt, Generaldirektor der Länderbank Wien<sup>3</sup>. Er besuchte auf seiner Reise in die Schweiz seine Geschäftspartner, Generaldirektor Dr. Peter Vieli von der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA), Zürich, und den Generaldirektor Türler vom Schweizerischen Bankverein (SBV), Zürich. Sie eröffneten ihm, Initiatoren eines vor einiger Zeit gegründeten Schweizer «Komitees» zu sein, das sich für Pläne der europäischen Nachkriegswirtschaft einsetzen würde. Sie erbaten sich eine streng vertrauliche Behandlung ihrer Vorhaben. Über den bis zu diesem Zeitpunkt erreichten inhaltlichen Stand des Komitees berichtete Wolzt nach seiner Rückkehr dem Planungsamt beim Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion. Im Abschnitt «Schwei-

1 Karl Heinz Roth: «Neuordnung und wirtschaftliche Nachkriegsplanungen», in: *Krieg und Wirtschaft, Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939–1945*, Berlin 1999, S. 195ff. Vgl. K. H. Roth: «Wirtschaftliche Vorbereitungen auf das Kriegsende und Nachkriegsplanungen», in: Dietrich Eichholtz: *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*, Bd. III, Berlin 1996, S. 509–611.

2 K. H. Roth: «Neuordnung», a.a.O., S. 216f.

3 Die Länderbank Wien diente seit der Annexion Österreichs als Filiale der Dresdner Bank und arbeitete eng mit den zahlreichen österreichischen Tochterfilialen der Hermann-Göring-Werke zusammen.

zer Pläne zur Nachkriegswirtschaft» stellte er dieses Schweizer Komitee vor. Danach handelte es sich um eine «Dreiergruppe», bestehend aus Vertretern

- a) der «Schweizer Grossbanken», die beiden erwähnten SKA und SBV, Zürich, sowie die Schweizer Bankgesellschaft (SBG), Zürich (Direktor Jäger),
- b) «namhafter Industriefirmen», und
- c) der «zuständigen Bundesressorts».

Das Komitee wollte fachliche Vorstudien anfertigen lassen über die Weise, wie die Schweiz nach Kriegsende «ihre finanzielle und industrielle Kapazität einsetzen» könne, um an der Beseitigung jener Schäden beizutragen, die der Krieg den europäischen Volkswirtschaften, insbesondere der deutschen, zugefügt hat. Das Komitee wollte sich in der Folgezeit eingehender mit dem gesamten Fragenkomplex befassen. Die bereits einbezogenen Vertreter der Schweizer Bundesressorts hätten in den einleitenden Besprechungen darauf hingewiesen, dass die Neutralität der Schweiz nicht in Zweifel gesetzt werden dürfe. Insbesondere müsse die Geheimhaltung der Beratungen so gewährleistet werden, dass «die angelsächsischen Mächte keinen Anlass zum Eingreifen erhalten» könnten. Eine Absicherung gegenüber der deutschen Seite wurde von den Schweizer Regierungsstellen nicht für erforderlich gehalten.

In einer besonders eingehenden Unterhaltung mit Herrn Vieli äusserte dieser, dass ein Nachkriegs-Europa denkbar möglich sei, «das in Europa und insbesondere auch in Deutschland die staatliche Ordnung bestehen lasse und damit die Möglichkeit» bestehe, auf privatwirtschaftlicher Grundlage den schweizerischen Wirtschaftskräften die Mitarbeit zu gestatten. Die Gedankengänge des Schweizer Grossbankiers gingen dahin, «die sehr erheblichen Gold- und Devisenreserven der Schweiz in Übersee für Rohstoffeinkäufe zu verwenden» und in den Dienst des Wiederaufbaus Deutschlands zu stellen. Die Vorbesprechungen waren bereits soweit gediehen, dass Direktor Vieli meinte, Schweizer Banken würden daran denken, ihrerseits Hilfestellungen zu gewähren, um der schweizerischen Industrie Lieferungen oder die Übernahme von Veredelungsaufträgen für Deutschland zu ermöglichen. Vonseiten der Schweizer Banken und der Schweizer Industrie wurde vorausgesetzt, dass auch die grossen deutschen Banken auf der Gegenseite ähnliche Aufgaben übernehmen könnten, insbesondere Garantiefunktionen.

Wolzt lenkte das Gespräch auf mögliche Übergangsstufen zu den geplanten Nachkriegslösungen. Er wollte u.a. wissen, ob «schon jetzt eine Arbeitsmöglichkeit» bestünde, etwa in dem Sinne, dass die Schweizer Bank die ihr nahestehenden Unternehmungen veranlasst, freie Kapazitäten zur Verarbeitung deutscher Rohstoffe zur Verfügung zu stellen. Generaldirektor Vieli erklärte, dass diese Möglichkeit grundsätzlich gegeben sei. Die eigentliche Schwierigkeit bestünde lediglich in der Bezahlung der Arbeitslöhne, für die das deutsch-schweizerische Clearing-Abkommen nicht genug aufnahmefähig sei. Die Begleichung der Veredelungslöhne sei auch schon zu diesem Zeitpunkt, d.h. vor dem Kriegsende «ausserhalb des Clearing» durchaus möglich, besonders «gegen Hergabe deutscher Kapitalgüter», erklärte Vieli. Die Besprechungen sollten bei seiner nächsten Schweizer Reise fortgesetzt werden, nachdem die «Meinung der deutschen Behörden eingeholt wäre», versicherte Wolzt in seinem Reisebericht<sup>4</sup>.

4 «Bericht Wolzt über meine Reise in die Schweiz vom 2.–7. 3. 1944», in: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, BArch R 3/1950.

Der Präsident Kehrl und der Leiter der Deutschen Industrie Kommission (DIKO), Bern, Major Dr. Heinrich Gäfgen<sup>5</sup>, wurden unmittelbar über die Reiseergebnisse, und damit über den Stand der Nachkriegspläne des Schweizer Komitees informiert. Aus den Protokollen ist zu schliessen, dass Wolzt dem Gremium stets seine Erkenntnisse aus den Gesprächen mit seinen Schweizer Partnern vorgetragen hat. Am 27. Juni 1944 skizzierte Kehrl dem Arbeitskreis seine Überlegungen zu der von ihm gestellten Frage «Fühlungnahme mit führenden Persönlichkeiten aus der Wirtschaft des Auslandes». Kehrl erklärte, dass es grundsätzlich erwünscht sei, laufenden Kontakt mit führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft des Auslandes zu halten, um zum einen dadurch ständig über wichtige Strömungen und Tendenzen in der ausländischen Wirtschaft unterrichtet zu sein, zum anderen aber, von diesen Persönlichkeiten zu erfahren, wie deutsche wirtschaftliche Massnahmen im Auslande aufgenommen und beurteilt werden. Selbstverständlich dürften die Herren nicht anglophil und sollten allen wirtschaftspolitischen Fragen gegenüber aufgeschlossen sein. Kehrl wünschte sich deutsch-ausländische Partnerschaften in Form «kleiner, fachlicher Gremien», in denen «die Frage der Nachkriegsgestaltung des kontinentaleuropäischen Wirtschaftsraumes» als wichtige Frage zwanglos behandelt werde. Bemerkenswert ist der Verzicht auf den Zusatz «unter deutscher Führung». Kehrl verlieh diesem neuen Gedanken noch dadurch Nachdruck, indem er betonte, dass Deutschland in Europa «keine wirtschaftliche Monopolstellung» erstrebe, sondern eine «enge wirtschaftliche Zusammenarbeit aller europäischen Nationen». Kehrl verfügte bereits zu dieser Zeit über seine im März 1944 berufenen «Länderbeauftragten» für die Schweiz: Wolzt, Karoli und Lindemann über umfangreiches Material zu den Nachkriegsvorstellungen der Neutralen und befreundeten Länder. Insofern ist der zentrale Satz aus der Rede Kehrls bemerkenswert: «Die deutsche Staatsführung will und kann im gegenwärtigen Zeitpunkt keine Generallinie für die deutsche Konzeption einer wirtschaftlichen Nachkriegsgestaltung des kontinentaleuropäischen Raumes geben.» Die deutsche Führung war angesichts der militärstrategischen Situation nach Stalingrad nicht mehr in der Lage, auf diesem Gebiet mitzusprechen. Aus den ihm zugegangenen Auslandsberichten musste es Kehrl klar sein, dass in den neutralen Ländern bereits mit einer Niederlage Deutschlands gerechnet wurde. Die Kreise um Kehrl und weitere deutsche Gruppen führender staatlicher Einrichtungen hofften mit ihren Initiativen einen Verständigungsfrieden zu erreichen. Hauptmann Toepfer und Wolzt berichteten über ihre Gespräche bei Reisen in Spanien und der Schweiz. Interessant ist die Bemerkung beider, dass sie in den ausländischen Kreisen auf lebhaftes Interesse gestossen seien. Es sei jedoch bedauert worden, «dass man deutscherseits erst im 5. Kriegsjahr derartige Überlegungen zu fruktifizieren beginne», und dass besser bereits früher ein derartiger Gedankenaustausch von deutscher Seite angeregt und durchgeführt worden wäre. Kehrl wünschte sich weitere «Pläne und Vorstellungen des befreundeten und neutralen Auslandes von einer wirtschaftlichen Neuordnung nach Kriegsende». Wolzt wies zum Schluss darauf hin, «dass der Wiederaufbau der durch feindliche Terrorangriffe zerstörten Städte und industriellen Anlagen einen derartigen Arbeitsaufwand erfordert, dass Deutschland für lange Zeit Arbeitsleistung aus dem Ausland

5 Major Dr. ing. Heinrich Gäfgen war in der Vertragszentrale der IG Farben Ludwigshafen tätig, diente bis Anfang 1943 im Afrika-Korps und übernahm anschliessend am 15. 3. 1943 die Leitung der DIKO Bern.

in Anspruch nehmen» werde<sup>6</sup>. Diese Äusserung stimmte direkt mit der Konzeption des Komitees überein.

Bereits vor dem Treffen Wolzt–Vieli–Türler nahm ein weiterer Vertreter des «Europa-Kreises» Kontakte zur Schweiz auf. Direktor Karl Blessing, Vorstandsmitglied der im März 1941 gegründeten Kontinentale Öl AG, wandte sich am 15. Januar 1944 in einem persönlich gehaltenen Brief an seinen Kollegen, das Aufsichtsratsmitglied der Konti Öl, Ministerialdirektor Dr. Fritz Fetzter. Er wollte ihm darin, für die Reise in die Schweiz «folgendes mit auf den Weg geben»: Wenn Sie mit Ihren Schweizer Freunden, «selbstverständlich ohne jede Bezugnahme auf irgend einen Auftrag und lediglich als Privatmann» in dem Sinne sprechen würden, ob die Schweizer anstelle der Güter, die kriegswirtschaftlichen Charakter tragen, normale Zivilgüter liefern könnten. Der als Routinier auf internationalem Gebiet angesprochene Fetzter sollte bei seinen Schweizer Kollegen in Erfahrung bringen, inwieweit der Plan einer Umverlagerung deutscher Teil-Produktion im Interesse der Devisen- und Rohstoff-Gewinnung in der Schweiz aufgenommen werde. Wenn die Schweiz bestimmte zivile Konsumwaren herstellen könnte, würde das Deutschland erlauben, «entsprechende Umstellungen im Reich auf kriegswichtige Fertigungen vorzunehmen». Im gleichen Sinne lautete der weitere Teil des Auftrags, darüber die Meinung des Herrn Prof. Carl Jacob Burckhardt, des derzeitigen Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes, einzuholen<sup>7</sup>.

In dieser Richtung liefen bereits ab Februar 1943 zwischen dem Planungsamt und der DIKO Bern Bemühungen zur «Ausnützung schweizerischer Produktionskapazitäten für Ausweitung bzw. Verlagerung der deutschen Textilerzeugung» Deutschlands. Ein Jahr später legte das Schwesterunternehmen der Firma Bleyle, A. Mann & Co., Wien, nach eingehenden Besprechungen mit befreundeten schweizerischen Textilindustriellen den Plan vor, mit der Firma Stoffel & Co., St. Gallen, eine Gemeinschaftsfirma mit paritätischer Kapitalbeteiligung zu gründen. Die Fa. Stoffel würde das Personal, Räume, einen Teil der Maschinen und das benötigte Betriebskapital stellen, A. Mann & Co. die benötigten Spezialmaschinen, ihre spezifischen Fertigungserfahrungen sowie insbesondere ihre anerkannte Kollektionsgestaltung und Absatztechnik. Staatssekretär Hayler und Präsident Kehrl versprachen sich von dieser Lösung einen Beitrag zur Entspannung der sehr geladenen Verhandlungsatmosphäre gegenüber der Schweiz. Die Vorteile bestünden auch in der Gemeinschaftsgründung, die ohne Devisenaufwand erfolgen würde<sup>8</sup>.

Die Firma A. Mann argumentierte, dass die Verlagerung im beiderseitigen Interesse läge. Für die deutsche Textilwarenerzeugung würde es sofort Früchte tragen, dem «schweizerischen Kontrahenten eine Chance von bleibender, insbesondere von Nachkriegsbedeutung» bieten. Gerade wegen dieser «auf Friedenssicht Bedeutung behaltene Chance» habe sich die Schweizer Firma Stoffel bereit erklärt. Direktor Mann hatte während seiner Schweizer Reise den Eindruck gewonnen, dass seine Partner mit der Beendigung des Krieges bereits im Laufe des Jahres 1944 rechneten<sup>9</sup>. Im Januar 1944 wandten sich die Makowerke Berlin an das Rüstungsamt mit der Bitte um Genehmigung zur Gemeinschaftsgründung einer

6 Protokoll 27. 6. 1944, BArch R 3/1941.

7 Blessing an Dr. Fetzter, 15. 1. 1944, BArch R 3/1950.

8 Rüstungsamt IV, Vermerk für Min.Dir. Dr. Bauer, 21. 2. 1944, BArch R 3/1949.

9 A. Mann, 24. 1. 1944, Stuttgart, 14. 9. 1944, BArch R 3/1949.

Anstalt zur systematischen Weiterbearbeitung aller theoretischen und praktischen Entwicklungsprobleme des Filtergebietes mit der Firma Oerlikon (Bührle). Nach wiederholten Gesprächen mit Oerlikon bzw. entsprechenden Schweizer Abnehmerfirmen bedürfe diese Regelung nur noch der grundsätzlichen Zustimmung der massgebenden wehrwirtschaftlichen Stellen, wie u.a. auch der DIKO<sup>10</sup>. Major Gäfen bezeichnete im August 1944 die Verlagerungswünsche in Bäckerei- bzw. Fleischerei-Maschinen als «sehr wichtig»<sup>11</sup>.

Das nächste Zusammentreffen mit dem Komitee war für die zweite Aprilhälfte 1944 geplant. Mit den Herren Vieli und Türler war bereits vereinbart, «dass wir uns dann zusammensetzen und eine vertiefende Unterhaltung zu jenen Gedankengängen herbeiführen, die eine Reihe von führenden Schweizer Wirtschaftlern für die Nachkriegszeit schon jetzt erörtern». Wolzt rechnete damit, dass bereits in diesem Stadium «erhebliche Schweizer Industrie-Kapazitäten auszunutzen» seien. Vom Erfolg hänge jedoch die Klärung der Frage der Bezahlung und der Charakter der Deutschland-Aufträge ab, die «nicht ein energisches Einschreiten der angelsächsischen Mächte auslösen könnten». Bis Mitte Juni 1944 hatte Wolzt «eine ganze Reihe von Reisen» unternommen. Im Juli informierte er über den neuesten Stand seiner Ermittlungen in Sachen «Komitee». In seinem Brief an ORR Dr. Köster nennt er konkrete Firmen und Namen von Aufsichtsräten in deutschen und schweizerischen Firmen, vor allem den Komplex «Bank für elektronische Unternehmungen», Zürich mit ihren deutschen Beteiligungen und den hauptsächlichen Vertretern der Schweizer Interessen in den deutschen Verwaltungsorganen. Wolzt glaubte den Schlüssel für die Realisierung der Konzeption des Komitees in der Zusammenarbeit der Aufsichtsräte und Aktionäre der deutsch-schweizerischen bzw. der schweizerisch-deutschen Unternehmungen gefunden zu haben. Wolzt hatte dieses Vorhaben, «leitende Herren der grossen deutschen Tochtergesellschaften schweizerischer Konzerne», die in regelmässigem Kontakt mit den führenden Wirtschaftskreisen der Schweiz stehen, in die Konzeption für die Nachkriegsgestaltung einzuschalten, mehrfach im «Europa-Kreis» vorgetragen. Er versprach «deutsche Persönlichkeiten in Vorschlag» zu bringen, die sich dieser Sache annehmen würden<sup>12</sup>.

Von deutscher Seite nahm der Leiter der Abteilung Aussenwirtschaft der Reichsgruppe Industrie, Dr. Karl Albrecht, Verbindungen zu den zuständigen schweizerischen Bundesressorts auf. Seine Dienststelle war über die im ersten Halbjahr 1943 erfolgten Gründungen von Aussenwirtschafts-Institutionen in der Schweiz ausführlich informiert worden. Im Januar 1943 entstand die «Schweizerische Kommission für Exportschulung», Zürich, und im Juni das «Schweizerische Institut für Aussenhandels- und Absatzforschung», St. Gallen. Die «Schweizerische Zentrale für Handelsförderung», Zürich und Lausanne, übernahm die Koordinierung dieser neuen Einrichtungen mit den bereits bestehenden und verwandten Einrichtungen. Vizepräsident der «Zentrale» war Dr. Heinrich Homberger. Dahinter stand das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD). Das EVD setzte am 22. September 1939 eine «Kommission zur Überwachung der Ein- und Ausfuhr» ein, die dem Bundesrat während der gesamten Dauer des Krieges Dienste leistete. Mitglied des Gremiums war Homberger, Direktor des Vorortes

10 Makowerke, Filterwerk Berlin an Major Momm, Rüstungsrat, 25. 1. 1944, BArch R 3/1949.

11 DIKO, M 7, 4. 8. 1944, BArch R 3/1950.

12 5. Sitzung, 27. 6. 1944, BArch R 3/1941.

des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, Zürich. Homberger war tatsächlich die zentrale Figur, die für Fragen der Nachkriegswirtschaft zuständig war. Die Kontakte Albrecht–Homberger vermittelte die Deutsche Handelskammer in der Schweiz, Zürich. Im April 1944 besuchte Albrecht die Schweiz. Die Beratungen mit Homberger bildeten die Grundlage «für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit» beider Gremien<sup>13</sup>. Albrecht zog im Mai 1944 den Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung IG Farben-Zentrale Berlin NW 7, Dr. Reithinger, und den Leiter des Industrieforschungs-Instituts, Nürnberg, Dr. Ludwig Erhard, hinzu. Nach dem Treffen Reithinger–Erhard am 17. Mai 1944 fand am 8. und 9. Juli 1944 eine Besprechung Albrecht–Erhard statt. Aus dem Acht-Punkte-Vermerk des Erfahrungsaustausches vom 18. Juli 1944 erscheinen folgende bemerkenswert:

- Dr. Erhard erhält das in der Abt. VI anfallende wichtige Informationsmaterial regelmässig, wird in die Bezieherliste der «Vertraulichen Informationen der Aussenwirtschaft» aufgenommen und erhält Sonderakten aus dem Bestand der Abt. VI.
- Auf Grundlage der Akten der Abteilung VI der RGI «wird Herr Dr. Erhard eine systematische und kritische Darstellung der Schweizer Nachkriegsvorbereitungen ausarbeiten».
- Das von Dr. Erhard eingereichte Exposé zur Frage der Clearingschulden und Ausführpreise soll nach Hinweisen von Dr. Albrecht weiter bearbeitet werden.
- Künftig werden beide Einrichtungen unter dem Titel «Informationen zur Aussenwirtschaft» gemeinsam veröffentlichen.

Seitdem hatte Dr. Erhard freie Hand. Er erhielt die «Berichte über Handel und Industrie der Schweiz» Jahrgänge 1931–1941 aus dem Büro Homberger, die Veröffentlichungen der Schweizer Nationalbank und der Vowi.-Abteilung der BIZ. Ende Juli 1944 übernahm Dr. Erhard den «soeben hier eingegangenen Bericht» der Deutschen Handelskammer in der Schweiz für den Artikel «Diskussionen über die Nachkriegswirtschaft in der Schweiz», in dem die Haltung der Schweizer Regierung und der Schweizer Wirtschaftskreise zu den Fragen des Krieges und der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen dargelegt werden sollte<sup>14</sup>. Speers engster Berater, Prof. Hettlage, verfolgte aus seinem Kompetenzbereich jede mögliche Veränderung der deutsch-schweizerischen Beziehungen unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung der «Schweiz als Gold- und Devisenmarkt» und als «Goldwechselstube»<sup>15</sup>.

Die UEK legt im Band 9 «Tarnung, Transfer, Transit» den heutigen Erkenntnisstand zur seinerzeitigen Haltung der Schweizer Behörden gegenüber den deutschen Produktionsverlagerungen und Verschiebungen dar. Demnach waren die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung, die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, die Sektion für Rechtswesen und private Vermögensinteressen des Politischen Departements, der Schweizerische Handels- und Industrieverein (Vorort) unter Leitung von Direktor Heinrich Homberger über die umfangreichen Vermögensverlagerungen informiert, selbstverständlich auch die zuständigen Eidgenössischen Bundesorgane (EFZD, EJPD, EPD, EVD). Inwieweit Schweizer Behörden eine Offenlegung der deutschen Transaktionen im In-

13 Dr. A./M. Brief vom 21. 5. 1944, BArch R 12/231.

14 Albrecht an Staatsrat Lindemann, 19. 7. 1944, BArch 12I/230.

15 Prof. Hettlage, WF/Wi 1, 4. 7. 1944, BArch R 3/1950.

teresse der Wahrung ihres internationalen Rufes als «sicherer Verwahrungsort fremder Vermögen – woher diese auch kamen» verhinderten, ist schwer nachweisbar. Immerhin scheinen die Anstrengungen der Adenauer-Regierung mit ihrer «Arbeitsgruppe Schweiz» als Partner des «Gegenkomitees» unter Leitung von Vieli im Zeichen des Kalten Krieges erfolgreich gewesen zu sein. «Die deutschen Vermögen in der Schweiz ... blieben weitgehend erhalten und gelangten im Lauf der fünfziger Jahre an ihre deutschen Eigentümer zurück.»<sup>16</sup> Dank der deutschschweizerischen Hinhaltenaktik entgingen die deutschen Unternehmer der RM-Abwertung. Das Erhard'sche «Wirtschaftswunder» konnte auch mit Hilfe der Schweiz in Angriff genommen werden.

16 Christiane Uhlig, Petra Barthelmess, Mario König, Peter Pfaffenroth, Bettina Zeugin: *Tarnung, Transfer, Transit. Die Schweiz als Drehscheibe verdeckter deutscher Operationen (1939–1952)*, Chronos Verlag 2001, S. 489.